

Iran – Eine Woche im September 2011

Human kommt aus dem Iran und ist der Redaktion mit vollem Namen bekannt.



Das Regime foltert erfolgreich gegen alle kritischen Stimmen

Die Menschenrechtssituation im Iran hat sich seit der Niederschlagung der Proteste gegen die Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad im Juni 2009 drastisch verschlechtert. Davon zeugt nicht nur die Tatsache, dass die beiden damaligen Oppositionskandidaten Moussawi und Karroubi seit geraumer Zeit unter striktem Hausarrest stehen und von der Außenwelt vollständig isoliert sind.

In der Nacht zum Donnerstag, den 29. September hat sich Nahal Sahabi in Teheran das Leben genommen, sie wurde 35 Jahre alt. Sahabi war die Freundin des Bloggers Behnam Ganji, der nach Informationen des iranischen „Committee of Human Rights Reporters“ CHRR am 1. September ebenfalls Selbstmord begangen hatte, nachdem er aus dem Evin-Gefängnis in Teheran entlassen worden war. Nach Aussagen seiner Angehörigen war er dort tagelang gefoltert worden und hatte nach seiner Freilassung massive Depressionen. Nach seinem Tod litt seine Freundin Sahabi unter psychischen Problemen, die wohl auch die Ursache für ihren Selbstmord waren. Ganji und Sahabi waren keine bekannten Oppositionellen oder Menschenrechtsaktivisten. Ihr Fehler war, mit dem bekannten Journalisten und Blogger Kouhjar Goudarzi, einem Mitglied des verbotenen CHRR befreundet gewesen zu sein. Alle drei waren Ende Juli auf einer Party in Goudarzis Haus verhaftet worden. Während Ganji nach acht Tagen wieder frei kam, ist Goudarzi weiter in Haft und über seinen Zustand oder Aufenthaltsort wissen weder seine Familie noch seine Anwälte Bescheid. Zeitgleich mit Goudarzi wurde am 31. Juli seine Mutter, Parvin Mokhtar'e, in ihrem Haus in Kerman verhaftet und sitzt derzeit im Gefängnis von Kerman ein. Ihr wird „Beleidigung des höchsten Führers“, „Propaganda gegen die Regierung“ und „Untergrabung der nationalen Sicherheit vorgeworfen“.

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ brachte Ende September in einem Bericht über die Lage der JournalistInnen im Iran ihrer großen Besorgnis über die Verhaftungen von BloggerInnen und JournalistInnen zum

Ausdruck, die in den letzten Monaten dramatisch zugenommen haben. Laut „Reporter ohne Grenzen“ ist der Iran das „größte Gefängnis für JournalistInnen“, das es auf der Welt zurzeit gibt.

Aber nicht nur AktivistInnen von Organisationen wie dem 2006 gegründeten CHRR, das sich gegen sämtliche Formen von Menschenrechtsverletzungen an Frauen, Kindern, Gefangenen, ArbeitnehmerInnen und anderen Personengruppen im Iran einsetzt, werden mit aller Härte verfolgt, zu hohen Haftstrafen verurteilt und/oder ins Exil getrieben. Auch andere Organisationen wie das „Committee for the Defence of Political Prisoners in Iran“ oder die „Human Rights Activists in Iran“ sind Zielscheibe staatlicher Repression.

Verhaftungen und Klagen gegen MenschenrechtlerInnen

Am 28. September, also an dem Tag, an dem sich Nahal Sahabi in Teheran das Leben nahm, wurde bekannt, dass Abdolfattah Soltani, ein bekannter iranischer Rechtsanwalt, der Anfang September zum wiederholten Mal verhaftet worden war. Der Vorwurf war nun vermutlich die „Annahme einer ungesetzlichen Auszeichnung“ – bei dieser ungesetzlichen Auszeichnung handelt es sich um den Menschenrechtspreis der Stadt Nürnberg, den Soltani im Jahr 2009 erhalten hat (den er aber nicht entgegennehmen konnte, weil ihm die Ausreise verweigert wurde). Soltani ist einer der Mitbegründer des von Shirin Ebadi, der iranischen Friedensnobelpreisträgerin von 2003 ins Leben gerufenen „Zentrums zum Schutz der Menschenrechte“, DHRC. Soltani ist im Verlauf der letzten

In keinem Land der Welt werden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mehr Menschen hingerichtet als im Iran und in der Gesamtzahl der Hinrichtungen wird der Iran nur noch von China übertroffen.

sechs Jahre vier Mal verhaftet worden. Derzeit ist er wegen der Gründung des Menschenrechtszentrums, der Verbreitung von regimfeindlicher Propaganda und Versammlung sowie Verdunkelung gegen die nationale Sicherheit angeklagt.

Am 27. September 2011 ist ein weiteres Mitglied des Menschenrechtszentrums, die stellvertretende Vorsitzende Narges Mohammadi, wegen ähnlicher Anklagen zu 11 Jahren Haft verurteilt worden. Das harte Urteil wird in der Anklageschrift unter anderem mit folgenden Vergehen begründet: Gründung des „National Peace Councils“ und der Kampagne gegen die Hinrichtung von Minderjährigen, Besuch von politischen Gefangenen, Besuch von Mehdi Karroubi, Präsidentschaftskandidat 2009, derzeit ebenso unter striktem Hausarrest wie der andere Kandidat der Reformbewegung Mousawi, Kontakt zum 2010 verstorbenen Ayatolla Montazeri, Zusammenarbeit mit Shirin Ebadi und Berichterstattung über die Verletzung von Menschenrechten im Iran. In Reaktion auf das Urteil, sagt Frau Mohammadi, dass sie ihr Engagement für Menschlichkeit, Meinungsfreiheit und Menschenrechte im Iran nicht aufgeben würde, selbst wenn sie zu 100 Jahren Gefängnis verurteilt werden würde. Narges Mohammadi hatte bereits 2009 ihren gut dotierten Job bei der staatlichen Ingenieursaufsichtsbehörde aufgrund ihres

Engagements verloren, war bereits einmal 2010 verhaftet worden und im Knast ernsthaft erkrankt. Sie ist die Mutter zweier Zwillinge im Alter von vier Jahren. Ihr Ehemann, Taghi Rahmani, hat rund ein Drittel seines Lebens, 17 Jahre, in den Gefängnissen der islamischen Republik verbracht. Shirin Ebadi, die selbst 2009 aufgrund von massiven Hetzkampagnen, Verleumdungen das Land verlassen musste bzw. von einer Vortragsreise in Norwegen nicht in den Iran zurückkehrte und seither in London lebt, hat gegen die Verurteilung von Narges Mohammadi sowie gegen die massiven Repressalien und Verhaftungen von Anwälten von Menschenrechtsaktivisten erfolglos protestiert. Das von ihr gegründete DHRC war bereits im Dezember 2008 für staatsfeindlich erklärt und verboten worden.

Hinrichtungen von Minderjährigen

Am 22. September haben vier UN-Sonderberichterstatter zu Hinrichtungen, Folter und Menschenrechten im Iran in einer gemeinsamen Erklärung die Hinrichtung von Jugendlichen im Iran verurteilt und die iranische Regierung zu einem sofortigen Moratorium aufgefordert. Der Hintergrund ist, dass in letzter Zeit, zuletzt am 21. September unter-18jährige öffentlich hingerichtet wurden, obgleich der Iran internationale Übereinkünfte ratifiziert hat, die eine Hinrichtung von Jugendlichen verbietet. Laut UN-Berichten sind aber in 2011 mindestens drei Jugendliche hingerichtet worden. In keinem Land der Welt werden im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung mehr Menschen hingerichtet als im Iran und in der Gesamtzahl der Hinrichtungen wird der Iran nur noch von China übertroffen. Allein in den

ersten drei Septemberwochen hat es laut UN-Informationen 51 Hinrichtungen gegeben. Es ist sehr wahrscheinlich, dass in 2011 die Zahl der öffentlichen und in den Gefängnissen vollzogenen Hinrichtungen deutlich über denen der Vorjahre liegen wird. Im Jahre 2010 waren dies 542 Menschen (darunter allein rund 300 im Vakilabad Gefängnis in Mashhad). Aber nicht nur die Zahl der Hinrichtungen nimmt deutlich zu. Auch grausame und unmenschliche Methoden der Bestrafung wie Steinigung, Amputationen, Blendungen oder Auspeitschungen werden wieder zunehmend angewendet.

Diese Auflistung von Unrecht, Grausamkeit und Willkür ließe sich noch beliebig fortführen, aber es würde den Rahmen dieses Artikel sprengen, hier auch noch über Dinge wie die Verschärfung der Repressionen gegenüber religiösen Minderheiten wie die Baha'i oder auch von Christen zu sprechen oder auch auf die Unterdrückung von freien Gewerkschaftsinitiativen oder Umweltbewegungen einzugehen.

Menschenrechte im Iran

Diese Verschlechterung der Situation der Menschenrechte im Iran hat dazu geführt, dass die UN erstmals seit 2002 wieder einen Sonderberichterstatter zur Lage der Menschenrechte im Iran ernannt hat – der Malediver Ahmed Shaheer wurde ab dem 1. August 2011 mit dieser Aufgabe für einen Zeitraum von zunächst acht Monaten betraut, nachdem im März ein Bericht des UN-Generalsekretärs eine drastische Verschlechterung der Lage der Menschenrechte konstatiert hatte.

Zu hoffen ist, dass die Mission des Sonderberichterstatters den Druck auf das Regime im Iran erhöht und den Menschen im Iran hilft. Mit Blick auf die deutsche Iran-Politik und die Berichterstattung über den Iran in den deutschen Medien sind jedoch Zweifel angebracht:

Zwar hat auch die deutsche Regierung sich 2009 kritisch zu der Unterdrückung der Oppositionsbewegung geäußert, in der momentanen Iran-Politik geht es aber ausschließlich um die Frage des iranischen Atomwaffenprogramms. Deutschland beteiligt sich an den Boykottmaßnahmen, die seit 2010 verschärft worden sind, aber auch hier geht es ausschließlich



**TRANSPARENCY
FOR IRAN**

*Ein Blick in die
virtuelle Zivilgesellschaft Irans
www.transparency-for-iran.org*

um die Atomfrage und weniger um die Menschenrechtssituation. Dies wird durch zwei Beispiele sehr deutlich:

Erstes Beispiel: Tausende IranerInnen mussten nach den Protesten des Jahres 2009 das Land verlassen, weil ihnen sonst Gefängnis, Folter oder Tod drohten. Schätzungen des UNHCR von 2010 zufolge leben allein in der Türkei rund 6.500 IranerInnen unter schlimmsten Bedingungen. Als der UNHCR versuchte, zumindest für die schätzungsweise 4.000 Menschen, die nach den Protesten 2009 in die Türkei geflohenen Menschen „safe havens“ in den westlichen Ländern zu finden, war die Reaktion innerhalb der deutschen Regierung mehr als peinlich: Als der Bundesregierung eine Liste von rund 80 Namen und Fallgeschichten vorgelegt wurde – darunter vieler JournalistInnen, BloggerInnen und studentischen AktivistInnen der „grünen Bewegung“ von 2009, bestand die erste Reaktion darin, diese Liste auf 20 Namen zusammenzustreichen. Nach zähen Verhandlungen wurde dann die Zusage gegeben 50 Flüchtlinge aufzunehmen. Zum Vergleich: Bereits in 2009 hatten die USA fast 2000 iranische Flüchtlinge aus der Türkei aufgenommen, Kanada 255, Australien 89 und Schweden immerhin 45. Nachdem sich dann im Jahr 2010 die Berichte über die schlimme Lage der Flüchtlinge in die Türkei vermehrten, starteten Anfang 2011 die Grünen eine Initiative, weitere Flüchtlinge aus der Türkei aufzunehmen und stellten im März einen entsprechenden Antrag im Bundestag – ohne jeglichen Erfolg.

Zurzeit befinden sich einige Tausend IranerInnen mit langjähriger Duldung in Deutschland, die ohne jegliche Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt in Gemeinschaftsunterkünften leben. Nach Angaben des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat sich die Zahl der Asylanträge aus dem Iran in 2010 gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Jedoch wurden in 2010 nur 9 % als Asylberechtigte anerkannt. Gleichzeitig wurden im Jahr 2010 54 iranische Staatsangehörige auf dem Luftweg aus Deutschland abgeschoben. In den Folterstaat Iran sind 2010 laut Bundesregierung zehn Flüchtlinge abgeschoben worden. In demselben Jahr sind 105 iranische Staatsangehörige nach den Verordnungen der Dublin II an weitere EU-Mitgliedstaaten überstellt worden (Antwort der Bundesregierung auf

die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 17/5278 –, 12.4.2011.).

Zweites Beispiel: In dem von der Böll-Stiftung herausgegebenen Iran-Report für den Monat August 2011 wird der Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz vom Juli und die darin enthaltenen Informationen zu den umfangreichen Aktivitäten der iranischen Geheimdienste in Deutschland gewürdigt. Deutlich wird dabei, dass nicht nur die Überwachung, sondern auch aktive Anwerbung innerhalb der iranischen Community in Deutschland angesichts der Lage im Iran in letzter Zeit deutlich zugenommen hat. Der Autor wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, „wieso keine Maßnahmen gegen das Treiben der iranischen Geheimdienste getroffen werden, wenn all dies dem Verfassungsschutz bekannt ist. Immerhin bergen diese Aktivitäten nicht zuletzt Gefahr für Leib und Leben iranischer Staatsbürger, die sich in Opposition zu der herrschenden Theokratie in Iran befinden“ (Böll-Stiftung: Iran Report, August 2011).

Eine Antwort liefert vielleicht ein drittes Beispiel: Trotz Verschärfung

des Boykotts kann sich der iranische Unterdrückungsapparat weiterhin auf Technologielieferungen aus Deutschland verlassen: Bekannt ist z.B., dass die Handys von Oppositionellen mit Programmen abgehört wurden und werden, die von Siemens-Nokia produziert werden.

Wie lässt sich dies erklären? Die deutsche Regierung möchte es sich mit dem Iran nicht verderben und nach wie vor ist davon auszugehen, dass in Grauzonen gute Geschäfte gemacht werden. Zu groß sind die wirtschaftlichen Interessen, die vielleicht momentan etwas auf Eis liegen, aber sobald als möglich reaktiviert werden sollten, wenn die Rahmenbedingungen wieder etwas besser werden (sprich, die Sanktionen gelockert werden).

Wer darunter leidet ist klar: Die Flüchtlinge, die hier eine Aufnahme finden wollen und die Menschen im Iran, die zwar eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation erdulden müssen, die aber gleichzeitig spüren und wissen, dass Deutschland eine scheinheilige Politik betreibt.



Online-Aktion: Das Flüchtlingspolitischen Manifest

bewegung.taz.de/aktionen/manifest/beschreibung

Allein in den ersten sieben Monaten dieses Jahres sind 1674 Flüchtlinge im Kanal von Sizilien ertrunken. Das Flüchtlingsdrama im Mittelmeer verschärft sich - und Europa schaut zu. Wir wollen ein anderes Europa. Ein Europa, das wirklich für die Ideen der Humanität und Freiheit aller Menschen steht.

Erstunterzeichner: medico international | Pro Asyl | Amnesty International | Brot für die Welt | borderline-europe | Komitee für Grundrechte und Demokratie | Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migranten | MIGREUROPE | BUKO - Bundeskoordination Internationalismus | Afrique Europe Interact | Netzwerk MiRA

Mit dieser öffentlichen Aktion wollen wir Druck auf die Politik ausüben und einen gesellschaftlichen Diskurs anstoßen. Bis zur Herbstkonferenz der Innenminister im Dezember in Frankfurt am Main kann das Manifest unterzeichnet werden. Die gesammelten Unterschriften werden an die Innenminister übergeben.

Das Buch zum Flüchtlingspolitischen Manifest, „Europa macht dicht!“ von Jürgen Gottschlich und Sabine am Orde ist ausführlich auf Seite 70 besprochen.

